



Medienmitteilung

Datum: 17.02.2016

Rechnung 2015 mit Überschuss – Aussichten bleiben angespannt

Der Bundesrat hat heute das Rechnungsergebnis 2015 zur Kenntnis genommen und den finanzpolitischen Rahmen für den nächsten Budgetprozess festgelegt. Der Bundeshaushalt schliesst das Jahr 2015 mit einem ordentlichen Überschuss von 2,3 Milliarden Franken ab. Budgetiert war ein Überschuss von 0,4 Milliarden Franken. Die Verbesserung ist auf die tieferen Ausgaben zurückzuführen. Im Vergleich zum Legislaturfinanzplan 2017–2019 haben sich die Haushaltsperspektiven leicht verbessert. In den Jahren 2018 und 2019 bestehen aber nach wie vor grosse Fehlbeträge.

Die **Einnahmen** entsprechen annähernd dem Budgetwert (+54 Mio.). Als Folge der Frankenaufwertung und des gebremsten Wirtschaftswachstums liegen die Mehrwertsteuereinnahmen zwar 1,3 Milliarden unter Budget. Umgekehrt resultierten aber bei der Verrechnungssteuer gleich hohe Mehreinnahmen. Weiter schliesst auch die Mineralölsteuer infolge des rückläufigen Tanktourismus unter Budget ab (-0,3 Mrd.).

Tabelle 1: Finanzierungsrechnung 2015

in Mio. CHF	Rechnung 2014	Voranschlag 2015	Rechnung 2015	Differenz zu VA	R in %
Ordentliche Einnahmen	63'876	67'527	67'580	54	5.8
Ordentliche Ausgaben	64'000	67'116	65'243	-1'873	1.9
Ordentliches Finanzierungsergebnis	-124	411	2'337	1'927	
Ausserordentliche Einnahmen	213	139	493	355	
Ausserordentliche Ausgaben	-	-	-	-	
Finanzierungsergebnis	89	549	2'831	2'281	

Auf der **Ausgabenseite** sind die Budgetunterschreitungen mit 1,9 Milliarden oder 2,8 Prozent über dem Erfahrungswert (10-jähriger Durchschnitt 1,8 %). Die Ursachen dafür liegen hauptsächlich im Minderbedarf für die Passivzinsen (-0,5 Mrd.) und die EU-Forschungsprogramme (-0,3 Mrd.) sowie bei den von der MWST-Entwicklung abhängenden Leistungen an die IV (-0,2 Mrd.) und den MWST-Anteilen für AHV und IV (-0,2 Mrd.).

Gegenüber dem Vorjahr sind die Einnahmen deutlich stärker angestiegen als die Ausgaben (5,8 % bzw. 1,9 %). Der Einnahmewachstum geht zur Hauptsache auf die direkte Bundessteuer (12,0 %) und die Verrechnungssteuer (17,5 %) zurück. In beiden Fällen ist das

hohe Wachstum teilweise auf die Negativzinsen zurückzuführen. Sie machen es attraktiv, die Steuern frühzeitig zu begleichen und – im Fall der Verrechnungssteuer – spät zurückzufordern.

Im **ausserordentlichen Haushalt** wurden Einnahmen von 493 Millionen verbucht. Die Wettbewerbskommission zog 186 Millionen an Bussen von der Swisscom ein. Weitere 139 Millionen ergeben sich aus dem Verkauf von Mobilfunklizenzen 2012 (zweite Zahlungsstranche) und 135 Millionen aus der Swissair-Nachlassliquidation. Unter Einschluss der ausserordentlichen Einnahmen ergibt sich ein Überschuss von 2,8 Milliarden.

Die **Bruttoschulden** gingen im vergangenen Jahr um 5,0 Milliarden auf 103,8 Milliarden zurück. Der Grund ist neben dem Überschuss der geringere Fremdmittelbedarf. In den letzten 10 Jahren konnten die Bundesschulden von 130 auf 104 Milliarden abgebaut werden. Die Zinsausgaben nahmen von jährlich 4 auf 1,4 Milliarden ab.

Finanzpolitische Standortbestimmung

Der Bundesrat hat an seiner heutigen Sitzung zudem den Rahmen für den neuen Budgetierungs- und Finanzplanungsprozess festgelegt. Ausgangspunkt war der Legislaturfinanzplan 2017–2019, der unter Berücksichtigung des Rechnungsergebnisses 2015, der neuen volkswirtschaftlichen Eckwerte und der Beschlüsse von Bundesrat und Parlament aktualisiert worden ist.

Insgesamt haben sich die Haushaltsperspektiven leicht verbessert. Allerdings ist nach wie vor mit grossen Defiziten zu rechnen, und die Vorgaben der Schuldenbremse werden in den Jahren 2018 und 2019 weiterhin nicht erfüllt: Während im Voranschlagsjahr 2017 ein kleiner struktureller Überschuss im Umfang von 50 Millionen resultiert, belaufen sich die Fehlbeträge in den Folgejahren auf rund 500 Millionen.

Tabelle 2: Aktualisierter Haushalt

in Mrd. CHF	Voranschlag 2017	Finanzplan 2018	Finanzplan 2019	ØΔ in % 2016-19
1 Einnahmen	69.5	72.1	74.5	3.6
2 k-Faktor	1.004	0.998	1.000	
3 Ausgabenplafond Schuldenbremse [1*2]	69.8	71.9	74.5	3.3
4 Ausgaben	69.7	72.4	75.0	3.7
Finanzierungsergebnis [1-4]	-0.2	-0.4	-0.5	
Konjunkturelles Defizit / Überschuss [1-3]	-0.3	0.1	-	
Struktureller Saldo [3-4]	0.1	-0.5	-0.5	

Die Verbesserung der strukturellen Ergebnisse gegenüber dem Legislaturfinanzplan 2017-2019 beläuft sich auf **rund 300 Millionen pro Jahr**. Sie ist insbesondere zurückzuführen auf Schätzkorrekturen bei der Verrechnungssteuer, die tieferen Zinsen und den Verzicht auf die Abschaffung der Emissionsabgabe auf Eigenkapital im Rahmen der Unternehmenssteuerreform III. Dank der damit verbundenen Entlastung des Haushalts im Umfang von 550 Millionen (2017) bis 800 Millionen (2019) können die **ansteigenden Migrationsausgaben kompensiert** werden, die um bis zu 450 Millionen nach oben korrigiert wurden (Annahme 2015/2016: je 40'000 statt je 30'000 Asylgesuche).

Angesichts der strukturellen Defizite im Finanzplan bleibt die vom Bundesrat beschlossene **Sanierungsstrategie notwendig**. Diese besteht darin, die im Voranschlag 2016 vorgenommenen Kürzungen sowie das Stabilisierungsprogramm 2017–2019 integral umzusetzen. Zudem gilt es, Mehrbelastungen soweit wie möglich zu verhindern. Dazu muss namentlich beim Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrsfonds (NAF), bei der Reform der Altersvorsorge 2020, bei der Unternehmenssteuerreform III und beim Zahlungsrahmen der Armee die vom Bundesrat vorgegebene Linie eingehalten werden. Der Bundesrat will zudem prüfen, wie der Bundeshaushalt längerfristig entlastet werden kann, auch bei den gebundenen Ausgaben. Das EFD wird ihm dazu bis im Frühling einen Vorgehensvorschlag zu unterbreiten.

Medienmitteilung

Für Rückfragen:

Serge Gaillard, Direktor Eidgenössische
Finanzverwaltung EFV
Tel. +41 58 462 60 05, serge.gaillard@efv.admin.ch

Verantwortliches Departement: Eidgenössisches Finanzdepartement EFD

Folgende Beilagen finden Sie als Dateianhang dieser Mitteilung auf www.efd.admin.ch:

- Übersicht über die wichtigsten einnahmen- und ausgabenseitigen Entwicklungen im Rechnungsjahr 2015
- Grafiken zum Rechnungsergebnis 2015 und zur finanzpolitischen Standortbestimmung